

## Mehr Frauen ins Parlament

### Menschenrechtskommission fordert eine wahre Chancengleichheitspolitik

Es ist nun fast auf den Tag genau 100 Jahre her, dass die Frauen das Wahlrecht zuerkannt bekamen. Insofern bedauert die Kommission, dass Frauen nach den Wahlen mit einer Repräsentativität von 20 Prozent den Männern im Parlament weit hinterherhinken. Das zeige, dass die Quotenregelung von 40 Prozent, die erstmals galt, und eine Motivationskampagne, die weitgehend auf veralteten Stereotypen basierte, keine Wirkung erzielten. „Quoten tra-

gen nur Früchte, wenn sie von einem wahren Willen von Seiten der Gesellschaft im Allgemeinen, der Parteien, den Medien und der Regierung im Besonderen begleitet werden“, meint die CCDH und beklagt, dass keine kohärente Gleichstellungspolitik bestehe, wie sie in anderen Ländern seit Jahrzehnten existiert, sondern nur punktueller und oft paternalistischer Aktivismus herrsche.

Und dann versuche man noch als Gipfel der Ironie den schwa-

chen Score der Frauen mit dem Begriff „Kompetenz“ zu erklären – so als wären Männer immun gegen Mittelmaß und Inkompetenz. Es sei ja auch schwer, die Kompetenz von Frauen zu beurteilen, wenn sie bei Foren fehlen und so zum Schweigen verdammt sind, kritisieren die Menschenrechtler. Dass die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen mehrheitlich aus Männern bestehen, spreche Bände und zeige deutlich den mangelnden Willen der Parteien

und der Regierung, Frauen und ihre Kompetenzen anzuerkennen.

Dabei habe sich Luxemburg mehrmals der UNO und dem Europarat gegenüber verpflichtet, den gleichberechtigten Zugang und die Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Zuletzt hatte das UNO-Komitee gegen die Diskriminierung von Frauen in seinem Bericht vom März 2018 angemahnt, das Resultat der Gleichstellung zu garantieren.

wel

## CITATION

*La sous-représentation flagrante  
des femmes à la Chambre résulte  
essentiellement de l'absence  
d'une politique cohérente  
en matière d'égalité.*

La Commission consultative des Droits de l'Homme  
le président, Gilbert Pregno) déplore le retard du pays.